



Peru 2024 - ein freier Fall, ohne Ende in Sicht

Peru erlebt sehr schwierige Zeiten. Mehrere Krisen haben sich angesammelt.

Carmen Lora, Lima im August 2024

Zuerst zeigte die Pandemie deutlich die Anfälligkeit des Staates für eine Situation dieses Ausmasses und die enorme Verwundbarkeit einer Bevölkerung, die zu 70 % informell arbeitet (ohne feste Anstellung).

Es folgte eine Krise der politischen Parteien. Mit Geldern aus der illegalen Wirtschaft (Bergbau, Drogenhandel, Holzschlag und Menschenhandel) wurden Parteien gegründet welche die Interessen ihrer Geldgeber wahrnehmen.

Dieser Kontext führt zu einer weiteren Krise, einem starken sozialen Zerfall.

Vertrauen, Möglichkeiten der Solidarität und des gemeinsamen Handelns gibt es noch im Familienkreis, der Zugehörigkeit zu einer katholischen oder evangelischen Religionsgemeinschaft, der Identitätsbindung in den ursprünglichen Dörfern.

Im Allgemeinen herrscht ein Klima des Misstrauens und eine grosse Unsicherheit wegen der Zunahme des organisierten Verbrechens. Dazu gehören eine hohe Gewalt durch Erpressung und Landnahmen.

Trotz der Unfähigkeit des Staates entstehen weitere Initiativen, um die Probleme anzugehen. Nimmt immer im erforderlichen Umfang, aber es sind wichtige kleine Zeichen. Dazu gehören die Volksküchen, welche den Hunger bekämpfen. Nach der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) leben 40% der peruanischen Bevölkerung in Ernährungsunsicherheit.

Im Amazonasgebiet übernehmen die Gemeinden die Verteidigung ihrer Wälder und riskieren in vielen Fällen ihr Leben. (In den letzten 10 Jahren wurden im Amazonasgebiet 34 führende Umweltschützer ermordet.)

Ein weitere Faktor ist der Klimawandel. Regen und Überschwemmungen haben die landwirtschaftliche Produktion in den Jahren 2023 und 2024 stark beeinträchtigt. Das spürt die bäuerliche Bevölkerung deutlich.

Nach dem gescheiterten Staatsstreich von Pedro Castillo folgte die Regierung von Dina Boluarte. In den Umfragen werden sie und der Kongress zu 90 % abgelehnt. Die Ablehnung kommt von der Art und Weise wie die Proteste gegen die Amtseinführung von Dina Boluarte Ende 2022 und Anfangs 2023 unterdrückt wurden. Über 50 Personen kamen bei dieser unverhältnismässigen Repression ums Leben. Es gibt bis jetzt keine Untersuchung, um die Verantwortlichen zu ermitteln.

Die Regierung ist sehr schwach und sie kann sich nur mittels Allianzen zwischen rechten und linken Gruppen über Wasser halten. So ist zum Beispiel das Gesetz zur Straffreiheit für Korruption und Menschenrechtsverletzungen zustande gekommen.

All dies sorgt für viel Unruhe und führt zu einer Abwanderung der jungen Generation in andere Länder auf der Suche nach einer Zukunft, die sie in Peru nicht mehr sehen. Mehr als 400'000 Personen sind zwischen Januar und Juni 2023 ausgewandert.

Mitten in all diesen Bewegungen hat die katholische Kirche eine interessante Präsenz als Stimme, die an die Botschaft Jesu erinnert, der in der Brüderlichkeit und dem Aufbau von Gerechtigkeit inkarniert ist.

Wegen ihrer Nähe zu den ärmsten Bevölkerungsschichten ist die katholische Kirche im ganzen Land sehr präsent und wird durch die Botschaft von Papst Franziskus gestärkt.